

Praxisimpuls: Umsetzung von Gewaltschutzmaßnahmen in Unterkünften für geflüchtete Menschen unter erhöhtem Belegungsdruck

Netzwerktreffen der Bundesinitiative am 13.06.2022
Belegung unter Druck - Gewaltschutz im Stresstest?

Ulrike Ottl
Multiplikatorin für Gewaltschutz / DeBUG-Kontaktstelle Niedersachsen & Bremen
Diakonisches Werk in Stadt und Landkreis Osnabrück gGmbH

Übersicht

1. Aktuelle Situation
2. Priorität von Gewaltschutz
3. Herausforderungen bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen
4. Welche Maßnahmen sollten zwingend umgesetzt werden?
Empfehlungen aus der Praxis
5. Gelingensbedingungen für Gewaltschutz unter hohem Belegungsdruck

Aktuelle Situation

- Einreise von Frauen und Kindern sowie älteren Personen (vulnerable Personengruppen)
- Breites Spektrum an Notunterkünften und Gemeinschaftsunterkünften vorhanden:
(Turnhallen / Messehallen, Jugendherbergen, Bürogebäude, Hotels, Kasernen, Kurklinik)
- Unterkünfte teilweise in zentraler Lage – teilweise mit schlechter Anbindung an den ÖPNV (best-practice Beispiele: Kiosk, Fahrdienst, mobile Einkaufsmöglichkeit, Räder)
- Ausstattung der Unterkünfte unterschiedlich – abhängig von den finanziellen Ressourcen der Kommune und Spendenaufkommen
- Personen teilweise nur wenige Tage in den Notunterkünften, dann Weiterreise in Kommunen oder zu Familienmitgliedern, teilweise längerer Aufenthalt
- teilweise bereits Rückkehr in die Ukraine
- Personen aus privaten Unterbringungen kehren zurück in die Erstaufnahmen / kommunalen Unterkünfte

Aktuelle Situation

- Teilweise Einrichtungsleitungen ohne Erfahrung mit Geflüchteten (Hotelleitungen, Jugendherbergseltern, abgeordnete Mitarbeitende aus kommunalen Behörden oder Landesbehörden,..)
- Personalmangel, qualifiziertes Personal mit Erfahrung schwer zu finden
- Geflüchtete wurden aus GUs verlegt, um diese für Ukrainer*innen vorzuhalten
- Häufig spezielle Unterkünfte für Ukrainer*innen
- Situation ist sehr dynamisch – Eröffnung und Schließung von Notunterkünften, leer stehende Unterkünfte
- Mietverträge für Immobilien mit längerer Laufzeit, unabhängig von der Belegung
- Immobilienmarkt und Wohnungsmarkt sehr angespannt
- Ukrainische Geflüchtete werden als eher eigenständig und gut informiert erlebt
- mitgebrachte Haustiere

Aktuelle Situation – Priorität Gewaltschutz

- Oberste Priorität: Unterbringung, Verpflegung und ärztliche Versorgung der Geflüchteten
- Gewaltschutz scheint / schien teilweise zunächst eine nachgeordnete Rolle zu spielen
- Dennoch: Erfahrung mit dem Thema Schutzkonzept und bereits vorhandene Konzepte beeinflussen Belegungskonzepte und Gestaltung von Unterkünften etc.

Welche Herausforderungen müssen bewältigt werden?

Von den Landesbehörden:

- „Wettlauf gegen die Zeit“
- Unterbringung aller Personen
- Personal wird abgeordnet zur Betreuung der Außenstellen, Messehallen
- Personal unter hoher Arbeitsbelastung
- Vermittlung von Menschen mit Behinderungen in Zwischenpflege und Pflegeheime
- Barrierefreiheit in Notunterkünften umsetzen
- schon die Situation vor dem Ukraine-Krieg war teilweise nicht einfach
- Teilweise angespannte finanzielle Situation
- Unvollständige Informationen über Ankunft von Ukraine-Geflüchteten, teilweise Information über Behinderungen

Welche Herausforderungen müssen bewältigt werden?

Von den kommunalen Behörden

- Einrichtung von Notunterkünften unter Zeitdruck
- Immobilien- und Wohnungsmarkt angespannt
- Notunterkünfte wurden vorbereitet, jedoch teilweise gar nicht bezogen
- Einrichtungsleitungen in Notunterkünften teilweise ohne Erfahrung mit Geflüchteten
- Standards, die angestrebt werden, sind nicht unbedingt umsetzbar
- Unter Umständen knappe finanzielle Ressourcen

Welche Herausforderungen müssen bewältigt werden?

Von den Betreibern von Unterkünften

- Personalgewinnung – Arbeitsmarkt „leergefegt“
- Qualifikation des Personals?

teilweise fachfremdes Personal / Quereinsteiger*innen mit gefragten Sprachkenntnissen, jedoch ohne pädagogische Ausbildung; Berufseinsteiger*innen

neues Personal noch nicht geschult

- Personal unter hoher Arbeitsbelastung, viele Überstunden
- Ehrenamtlichen-Netzwerke aufbauen
- Sprachmittler*innenpool aufbauen
- Wenig Informationen über anreisende Geflüchtete und über besondere Bedarfe
- „Raumnot“ – bei hoher Belegung häufig keine Räume als Gemeinschaftsräume, kinderfreundliche Orte oder Rückzugsräume verfügbar

Welche Maßnahmen sollten zwingend umgesetzt werden? Empfehlungen aus der Praxis

- Auch in Turnhallen muss Sichtschutz vorhanden sein (lückenlos)
 - Best-practice: Aufstellen von Messekabinen in Messe- oder Turnhallen mit abschließbaren Türen oder „Zeltdörfer“ mit Sichtschutz
- Beleuchtung, keine „Angsträume“
- Geschlechtergetrennte, abschließbare Sanitäreanlagen
- Abschließbare Schränke, Schließfächer für Wertsachen & privates Eigentum
- Flächendeckendes W-LAN
- Erfahrene Träger beauftragen (Schutzkonzepte, geschulte Mitarbeiter*innen, Strukturen)
- Erfahrene Mitarbeiter*innen abordnen und den neuen Mitarbeiter*innen zur Seite stellen (gemischte Teams), gute Einarbeitung

Welche Maßnahmen sollten zwingend umgesetzt werden? Empfehlungen aus der Praxis

- Sprachmittler*innen vor Ort in den Notunterkünften, Sprachmittler*innenpool vorhalten
- Ansprechpartner*innen vor Ort
- Information der Geflüchteten in allen relevanten Sprachen zu verschiedenen Themen, insbesondere Notrufnummern, klare Beschilderung, Informationen zur Ansprechperson
- Sensibilisierung aller Mitarbeiter*innen (Haupt- und Ehrenamtliche, auch von Mitarbeiter*innen von Sicherheitsdiensten) zu Formen von Gewalt, Trauma, Kindeswohlgefährdung, Menschenhandel etc.
- Erweitertes Führungszeugnis plus Selbstverpflichtungserklärung gegen jede Form von Gewalt – gilt für alle Mitarbeitende
- Informationen / Schulungen zum Thema professionelle Nähe-Distanz (insbesondere Ehrenamtliche)
- Vorhalten eines Verhaltenskodex für Mitarbeitende
- Verfahrensweisen / Notfallablaufpläne zur Verfügung stellen und erläutern

Welche Maßnahmen sollten zwingend umgesetzt werden? Empfehlungen aus der Praxis

- Hausordnung incl. klarem Bekenntnis gegen Gewalt
- Adressdatenbank mit allen relevanten Kontaktdaten und Beratungsstellen zur Verfügung stellen
- Kooperation mit Polizei, Jugendamt, Beratungsstellen, Ärzt*innen, Feuerwehr, ...
- Datenschutz / vertraulicher Umgang mit den Daten von gewaltbetroffenen Personen
- Bei der Belegung bereits Gewaltschutz berücksichtigen (Familien, Frauen, alleinreisende Männer, vulnerable Personen, Zimmer in der Nähe der Security; Frauentrakte, -bereiche)
- Betreuungs- / Spielangebote für Kinder – „Safe spaces“
- Strukturen aus EAEs oder GUs können teilweise übernommen werden
- Bestehende Gewaltschutzkonzepte sollen auch für Notunterkünfte Gültigkeit haben
- Gewaltschutz sollte beim Katastrophenschutz gleich mitgedacht werden

Gelingensbedingungen

- Regelmäßiger Austausch aller beteiligten Akteur*innen z.B. in Krisenstäben etc. (Behörde, Security, Sozialdienst, Sanitätsdienst, Polizei etc.)
- „kurze Wege“, bekannte, feste Ansprechpersonen für die Betreiber bei den Behörden
- Unterstützung durch Zivilbevölkerung
 - Ehrenamtliche: Unterstützung, Sprachmittlung, zur Verfügung gestellte Wohnungen
 - Geld- und Sachspenden, auch Firmenspenden
- Finanzielle Ressourcen der Kommune
- Beauftragung erfahrener Träger
- Bestehende Gewaltschutzkonzepte und Strukturen erleichtern die Umsetzung von Gewaltschutz in Stresssituationen / Notunterkünften

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ulrike Ottl
Multiplikatorin für Gewaltschutz in Unterkünften für Geflüchtete
DeBUG-Kontaktstelle Niedersachsen & Bremen
Diakonisches Werk in Stadt und Landkreis Osnabrück gGmbH
13.06.2022



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend